

# Zwei Parteien schlagen jetzt drastische Massnahmen vor

**NFA CVP und FDP wollen die Mitgliedschaft in der Konferenz der Kantonsregierungen sistieren. Jetzt ist die Regierung am Zug.**

2015 leistet Zug einen Pro-Kopf-Beitrag von 2806 Franken in den nationalen Finanzausgleich (NFA). Gemessen am kantonalen Steuerertrag beträgt der Anteil heute über 50 Prozent. Der NFA-Beitrag des Kantons Zug erhöhte sich zwischen 2008 und 2015 um 75,7 Prozent auf 316,6 Millionen Franken. «Alle Bemühungen der Geberkantone und insbesondere des Kantons Zug, die NFA-Belastung auf ein erträgliches Mass zu korrigieren, sind gescheitert. Damit gefährdet die Mehrheit der Nehmer das Solidaritätswerk unter den Kantonen», stellen die Präsidenten der CVP und FDP fest in ihrer Mitteilung fest. «Wir sind nicht mehr bereit, diese Politik mitzutragen», sagt CVP-Fraktionschef Andreas Hausheer. Genug sei genug. Die beiden Parteien lassen nun weitere Taten sprechen. Die beiden Frak-

tionen haben ein Postulat eingereicht, das den Regierungsrat auffordert, die interkantonale Zusammenarbeit des Kantons Zug bis zu einer Anpassung des NFA zu sistieren. Insbesondere soll der Kanton Zug seine Mitgliedschaft in der Konferenz der Kantone bis zur Revision des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG) niederlegen. Zudem soll der Regierungsrat zusammen mit anderen Geberkantonen direkte Verhandlungen mit dem Bundesrat aufnehmen. Das Ziel: Bis zur FiLaG-Revision soll er bei der Umsetzung des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich seinen Handlungsspielraum dahingehend ausschöpfen, dass der NFA minimalen Ansprüchen an gemeineidgenössische Fairness und Solidarität genüge.

## Weitere Schritte prüfen

Der Regierungsrat soll gemäss CVP und FDP bis zur Revision des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich auch die Mitgliedschaft in weiteren interkantonalen Gremien und Konkordaten, in denen dem Kanton Zug bei einer Absenz keine grösseren Nachteile als bei einer Mitgliedschaft erwachsen, sistieren. Das würde bedeuten:

Der Kanton bezahlt keine Beiträge in diese Organisationen mehr ein. Für Anastas Odermatt, Kantonsrat der Alternative-die Grünen, nützt es mehr, wenn man in einem Gremium die Faust auf den Tisch schlägt, anstatt sie im Sack zu machen. Bei der SP wartet man gespannt auf die Antwort der Regierung, sagt Parteipräsidentin Barbara Gysel. Sofern das Postulat überwiesen wird, muss die Regierung einen Vorschlag machen.

## Und die SVP?

Übrigens: Die SVP war in die Diskussionen ebenfalls eingebunden. Parteipräsident Thomas Aeschi: «Wir sind für einen Austritt aus der KdK. Eine Sistierung ist nach unserer Meinung nicht möglich.» Das bewerten CVP und FDP jedoch anders. FDP-Präsident Jürg Strub: «Wichtig ist vor allem, dass wir weitere Zeichen setzen, indem wir in solchen Gremien nicht mehr mitmachen.» SVP-

Regierungsrat und Landammann Heinz Tännler spricht im Zusammenhang mit dem Postulat von einem intelligenten Vorschlag anderer Prägung, der neue Dimensionen eröffne. «Die Regierung muss nun ohne jegliches Präjudiz das Anliegen diskutieren.»



**«Wir sind nicht mehr bereit, diese Politik mitzutragen.»**

ANDREAS HAUSHEER,  
CVP-FRAKTIONSCHEF

Der heutige NFA hat nach Auffassung von CVP und FDP Konstruktionsfehler und setzt Fehlanreize. So werde das Ressourcenpotenzial falsch berechnet, was sich zu Ungunsten des Kantons Zug auswirke. Zudem würden bei der Berechnung der Ausgleichszahlungen Faktoren verwendet, die zu einer Verzerrung der Finanzstärke der Kantone führen. Die sogenannte Solidarhaftung bewirkt, dass bei einer sinkenden Zahl von Geberkantonen diese noch mehr in den Ausgleichstopf bezahlen müssen. Wie fragwürdig die heutige Umverteilungsformel sei, zeige der Umstand, «dass starke

Wirtschaftskantone wie der Aargau oder die Waadt zu den Nehmerkantonen gehören». Gleichzeitig unterstützen CVP und FDP des Kantons Zug nach wie vor ein Referendum gegen den Bundesbeschluss vom 19. Juni 2015 über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016–2019. Der Regierungsrat beantragt beim Kantonsrat an einer der nächsten Sitzungen auch ein Kantonsreferendum (acht Kantone müssen das unterstützen). Zudem sind weitere Vorstösse von CVP, FDP und GLP betreffend NFA im Parlament hängig.

Bekanntlich haben Nationalrat und Ständerat mit ihrem Bundesbeschluss vom 19. Juni 2015 über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016 bis 2019 den zurückhaltenden Kompromissvorschlag des Bundesrats abgelehnt. Er hatte die Absicht, den NFA gemäss dem ursprünglichen Ziel – der Anhebung des Ressourcenpotenzials des ärmsten Kantons auf 85 Prozent des schweizerischen Durchschnitts – umzusetzen. Und dieses Ziel wurde in den vergangenen vier Jahren mehr als erfüllt.